

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat 1,00 DM (halbjährlich 5,00 DM), durch die Post bezogen monatlich 1,25 DM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Dresdenerstraße 17/19 / Postfachnummer 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Druckerpreise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Abonnement für den Monat 1,00 DM (halbjährlich 5,00 DM), durch die Post bezogen monatlich 1,25 DM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Dresdenerstraße 17/19 / Postfachnummer 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Druckerpreise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dienstag, den 22. Februar 1927 Nummer 44

## Massenmorde in Schanghai

### 1300 chinesische Revolutionäre hingerichtet — Die konterrevolutionäre Armee völlig desorganisiert

London, 21. Febr. (Fig. Drahtbericht.)  
Die neuesten Meldungen aus Schanghai enthalten Nachrichten über furchterliche Massenmorde der gelbblauen Konterrevolutionäre an freilebenden Arbeitern und Gewerkschaftlern. Bis jetzt sind ungefähr eintausenddreihundert (!) Streikführer gemordet worden und ihre Köpfe auf Spießen öffentlich ausgehängt. Die Erregung der Bevölkerung hat sich ungeheuer gesteigert. In der Stadt herrscht Belagerungszustand. Der Polizeipräsident, eine Aentur des Konterrevolutionärs Sun, droht jedem „Heher“ mit dem Tode. Wer mit einem Flugblatt in der Hand betreten wird, soll handrechtlich erschossen werden. Trotz dieser wahnwitzigen Terrormaßnahmen ist der völlige Zerfall der konterrevolutionären Armee nicht mehr aufzuhalten. Sie zieht sich in die Richtung von Nanjing in vollster Unordnung und unterwegs alles plündernd zurück. Ihr Generalstab hat sich ebenfalls nach Nanjing geschlüchtet. Die Untergeneralstäbe sind ebenfalls ratlos. In seinen Posten nicht besetzt, da seine Stellung unhaltbar geworden sei. Die Nationalrevolutionäre rücken ununterbrochen vor. Die letzte Meldung teilt mit, daß sie Kauchin erobert haben. In Kauchin selbst haben die Siege der Armee ungeheuren Jubel ausgelöst, der sich allerdings bei den Meldungen über den Blutstreifen in Schanghai in ungeheure Empörung verwandelte. Am 19. Februar hat ein Massenmeeting zu Ehren von Arbeiterdelegationen aus Amerika, England und Frankreich stattgefunden, in dem Genosse Toman, England, Professor Reun, Indien, Genosse Doriot, Frankreich, Genosse Browder, Amerika, und General Sidjidsen, der Kommandeur der Heimatfrontkräfte der Provinz Kwantung, sprachen. Die Kantoner Werkstätten erheben schärfsten Protest gegen die Verstärkung des ausländischen Militärs und gelobten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Sieg der Revolution und ihrer Armeen zu fördern. Die chinesischen Arbeiter und Bauern gaben besonders ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die europäische und amerikanische Arbeiterklasse dem Beispiel der russischen Werkstätten folgen und ihrer Revolution die volle Unterstützung gewähren würde. Die Stimmung der revolutionären Truppen soll außerordentlich begeistert sein.

## Ist die Aussperrung der Metallindustriellen ein Tarifbruch?

Bekanntlich bestehen in der sächsischen Metallindustrie zwei getrennte Tarifgebiete: ein Tarif für Leipzig und Umgebung und ein Landestarif für das ganze übrige Sachsen. Der Leipziger Tarif war am 31. Januar abgelaufen und die Differenzen beim Neuausschluß führten dort zu Streik und Aussperrung. Der Landestarif für das übrige Sachsen mit den großen Industriezentren Dresden und Chemnitz läuft jedoch erst am 31. März ab. Nun haben jedoch die sächsischen Metallindustriellen auch im übrigen Sachsen ausgesperrt trotz des noch geltenden Tarifs. Es wird nun die Frage aufgeworfen, ob diese Aussperrung, deren Zweck keine Änderung des Landestarifes, sondern eine Solidaritätsaktion der Unternehmer für die Leipziger Metallindustriellen ist, einen Tarifbruch darstellt. Die Unternehmer verneinen dies. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, Borstig, gibt dafür in einem Rundschreiben folgende Begründung:

„Falls vom 15. d. M. ab Sympathieaussperrung in Sachsen erfolgen sollte, ist auch hierin trotz Weiterlaufens der bestehenden Tarife (Vohnabkommen, Manteltarif, Arbeitszeitabkommen) kein Tarifbruch auf Seiten der Arbeitgeberseite zu erblicken, da nach übereinstimmender Rechtsprechung und Literatur Sympathieaussperrung ebenso wie Sympathiestreiks, soweit sie, was hier der Fall ist, nicht Inhalt oder Bestand des eigenen Tarifvertrages zum Kampfgegenstand haben, keinen Tarifbruch bedeuten.“

Diese Begründung von Seiten der Unternehmer ist ganz neu. Bisher haben sie jeden Solidaritätsstreik als eine tarifbrüchige Lösung des Arbeitsverhältnisses angesehen und dementsprechend behandelt. Tausende von Betriebsräten und Arbeitern wurden aus diesen Gründen „von Rechts wegen“ nicht wieder eingestellt, gemahnt. Nach der Praxis der Unternehmer sind also Solidaritätsaktionen, und daher auch die letzte Aussperrung, glatte Tarifbrüche.

Jetzt, da die Unternehmer aber von sich aus und in ihrem Interesse den noch geltenden Tarif faktisch außer Kraft setzen, ihre Arbeiter durch Aussperrung auf die Straße werfen, soll das auf einmal kein Tarifbruch sein. Es haben sich — selbstverständlich — auch schon Tarifisten gefunden, die den Standpunkt der Unternehmer als „mit dem geltenden Recht in Einklang stehend“ begutachteten.

Vom Standpunkt der Unternehmer ist ihre Auffassung inhaltlich verständlich. Die Bourgeoisie hält immer das für „Recht“, was ihrem Interesse entspricht. Doch wenn sich von dieser „Rechts“-Auffassung auch Arbeiter und Gewerkschaft beeinflussen lassen, und nun, wie das von den DVB-Führern des Bezirks Dresden geschieht, die Aussperrung ebenfalls als keinen Tarifbruch bezeichnen, dann ist das — gelinde gesagt — eine Preisgabe der Arbeiterinteressen.

Bisher haben die Gewerkschaftsführer bei Solidaritätsaktionen der Arbeiter gerade den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Sie haben jeden geforderten und durchgeführten Solidaritätsstreik von Arbeiterkategorien, die in einem Tarifverhältnis standen, als „wild“, als Tarifbruch bezeichnet und dagegen mit allen Mitteln, bis zur Aufforderung zum Streik, gekämpft. Haben doch die Führer des Bergarbeiterverbandes gegenüber den englischen Bergarbeitern ihren Streikbruch mit dem Argument verteidigt, daß ihr noch geltender Tarif sie zwinge, jeden internationalen Solidaritätsstreik abzulehnen und zu verhindern.

Bedeutet also die letzte, ganz im Interesse der Unternehmer liegende Auffassung der DVB-Führer einen Bruch mit ihrer eigenen bisherigen „Rechts“-auffassung in Tariffragen, so bedeutet diese Schwankung gerade jetzt, angesichts der Aussperrung, für die Metallarbeiter eine katastrophale Schwächung ihres Kampfes. Wir als revolutionäre Gewerkschaftler haben gewiß keinen Entschluß, über den offenen Tarifbruch der Unternehmer zu jammern. Um so weniger, als die tarifbrüchige Aussperrung jedem Proletarier die Augen öffnet über den Begriff „Tarifstreue“. Hunderte Male sind sie schon mit dem Argument, „wir dürfen den Tarif nicht brechen“, gehindert worden, ähnliche Situationen auszunutzen und kämpfende Klassenmassen durch aktive Solidarität zu unterstützen. Jetzt zeigt ihnen das Unternehmertum sinnfällig, daß es auf Tarifstreue pflegt, wenn es mit Tarifbruch glaubt, seine Machtpositionen besser zu wahren. Das muß ausgesprochen werden. Was aber jetzt die Gewerkschaftsführer machen, ist eine sehr gefährliche Verleugung dieser aufklärerischen Tatsache, zum Schaden für die ganze Arbeiterklasse.

Doch die Sache hat jetzt für die sächsischen Metallarbeiter am wenigsten juristische, sondern eine sehr reale materielle Bedeutung. Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und Gewerkschaften sind abgebrochen, der erste Schiedsspruch nur eine ganz minimale Milderung. Das einzige, was erreicht wurde, ist, daß man die Zahl der Überstundenentlohnung um zwei pro Woche herabsetzte und daß die Betriebsräte ihr Einvernehmen zwischen den Metallarbeitern werden. Konflikts bedeutet das, daß für die meisten Betriebe der letzte Zustand beibehalten bleibt. Das Heer der erwerbslosen Metallarbeiter wird nicht geringer die Überarbeit nicht weniger werden. Für die Metallarbeiter steht jetzt die Aufgabe, mit aller Kraft und Entschlossenheit auch gegen dieses Kompromiß-Stellung zu nehmen. Der Kampf der Metallarbeiter gilt der Erringung der 46-Stundenwoche. Nur dadurch wird die durch das liegende Band unüberwindlich verfestigte Ausbeutung wenigstens etwas gelockert. Nur dadurch ist es möglich, die Gewerkschaften zu verfestigen. Dagegen keine Annahme eines Kompromißes! Weiter kommt um die 46-Stundenwoche zu kämpfen. Die Unternehmer haben den Tarif in der Metallindustrie gebrochen. Jetzt darf die neue Tarifabsicht nur noch auf Grund eines neuen Entschlusses der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

## Die Dresdner Werkstätten

nehmen zu dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Rassen in China, Marokko und zum Aufstand der Negerländer morgen Mittwoch, den 23. Februar 1927, abends 8 Uhr, im Realerheim, Friedrichstraße, Stellung. Außer einem deutschen Redner spricht einer der Führer der Chinesischen Revolutionäre, **Wang-Chu** fernst das Nationallied des Nationalkongresses für Südamerika, **der Neger Gumedé** **der Nistabyle Mattar** und Zur Deckung der Kosten wird ein Eintritt von 20 Pf. erhoben, Erwerbslose zahlen gegen Ausweis die Hälfte. Werkstätte Einwohner Dresdens, gestattet diese Veranstaltung zu einem Massenmeeting für die Befreiung aller unterdrückten Rassen, Nationen und Klassen!

## Internationale Arbeiterhilfe / Kommunistische Partei / Roter Frontkämpferbund

### Die 51-Stundenwoche als Kombiombik

Kämpft weiter für die 46-Stundenwoche

Die neuen im Arbeitsministerium festgesetzten Bestimmungen zwischen den Metallindustriellen und den Vertretern der Gewerkschaften haben mit folgendem Ergebnis geendet:  
Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen beträgt 46 Stunden in der Woche. Für einzelne Arbeitergruppen kann im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die Arbeitszeit bis zu 53 Stunden in der Woche verlängert werden. Für die über 46 Stunden hinausgehende Arbeitszeit ist ein Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen.  
Für dieses Ergebnis ist jetzt die Zustimmung der Betriebsräte noch notwendig. Die Erklärung über Zustimmung der Betriebsräte soll bis Donnerstag den 24. Februar, mittags 12 Uhr, erfolgen. Nach erfolgter Zustimmung soll die Aufhebung des Streiks und der Aussperrung sofort eintreten. Maßnahmen, die nicht vorgenommen werden, die Arbeit soll am nächsten wieder aufgenommen werden.

Die Verhandlungen haben bis gestern in die späten Abendstunden gedauert. Zu Beginn der Verhandlungen kam es erst zu einer Verständigung darüber, wer an den Verhandlungen teilnehmen sollte. Die Metallindustriellen hatten dem Vertreter des Verbandes von Sachsen und den Vertretern des Verbandes der Deutschen Metallindustriellen-Organisation mitgeteilt, von den Gewerkschaften waren nur die Leipziger Vertreter erschienen. Nach einer Auseinandersetzung zwischen den Verhandlungspartnern wurde festgelegt, daß nur die Leipziger Vertreter teilnehmen.

Die jetzt herbeigeleitete Ergebnis der achtigen Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und Gewerkschaften bedeutet gegenüber dem ersten Schiedsspruch nur eine ganz minimale Milderung. Das einzige, was erreicht wurde, ist, daß man die Zahl der Überstundenentlohnung um zwei pro Woche herabsetzte und daß die Betriebsräte ihr Einvernehmen zwischen den Metallarbeitern werden. Konflikts bedeutet das, daß für die meisten Betriebe der letzte Zustand beibehalten bleibt. Das Heer der erwerbslosen Metallarbeiter wird nicht geringer die Überarbeit nicht weniger werden. Für die Metallarbeiter steht jetzt die Aufgabe, mit aller Kraft und Entschlossenheit auch gegen dieses Kompromiß-Stellung zu nehmen. Der Kampf der Metallarbeiter gilt der Erringung der 46-Stundenwoche. Nur dadurch wird die durch das liegende Band unüberwindlich verfestigte Ausbeutung wenigstens etwas gelockert. Nur dadurch ist es möglich, die Gewerkschaften zu verfestigen. Dagegen keine Annahme eines Kompromißes! Weiter kommt um die 46-Stundenwoche zu kämpfen. Die Unternehmer haben den Tarif in der Metallindustrie gebrochen. Jetzt darf die neue Tarifabsicht nur noch auf Grund eines neuen Entschlusses der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

### Kampf um die 46-Stundenwoche

Obsteuere-Konferenz der ausgesperrten Betriebe.

In der gestern vormittag von der Dresdner Verwaltung des DVB einberufenen Konferenz aller Obsteuere-Konferenzen ausgesperrten Betriebe gab es einen kurzen Vortragsbericht. Er teilte dabei mit, daß nach keine genaue Überlicht über die Durchführung der Aussperrung und über die Zahl der ausgesperrten Arbeiter vorhanden sei. Nur soviel steht fest, daß eine Anzahl gewisser und großer Betriebe der Aussperrungsorder nicht gehorcht sind. Nach dem Bericht der Verwaltung sind die wichtigsten technisch-organisatorischen Anweisungen für die betreffenden Kollegen und genaue Anweisung der Aussperrten, sowohl der Organisierten und Unorganisierten, Streikloste, Streikpostenstellen usw. bekannt.

In der Diskussion wurde viel debattiert über die Frage, ob die Aussperrung ein Tarifbruch der Unternehmer wäre, oder als eine dem Tarif nicht berührende Sympathieaktion anzusehen sei. Eigenartigerweise stellt sich die Verwaltung auf den Standpunkt, daß die Aussperrung kein Tarifbruch wäre. Daher könnten auch bei dieser Aussperrung von den Arbeitern in den Betrieben Dresden und Chemnitz jetzt nicht die beim Neuausschluß des erst am 1. April ablaufenden Tarifs zu stellenden Forderungen als aktive Kampfaktionen vertreten werden. Ein solches Vorgehen wäre — Tarifbruch seitens der Arbeiter.

Die Opposition wandte sich sofort gegen diese eigenartige Auslegung von Tarifbruch. Es müßte mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Unternehmer durch die Aussperrung glatten Tarifbruch begangen hätten. Daher gilt es jetzt bei dieser Aussperrung um die Fortsetzung der sofortigen Einführung der 46-Stundenwoche und entsprechender Lohnherabsetzung zu kämpfen. Von der Opposition wurde folgende Entschlieung eingebracht:

„Die Obsteuere der ausgesperrten Betriebe der Dresdner Metallindustrie verlangen von den zuständigen Instanzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß sie einem Schiedsspruch, der über die 46-Stundenwoche hinausgeht, ihre Zustimmung auf keinen Fall geben.“

Von der Verbandsleitung des DVB Dresden wird gefordert, entsprechend den Beschlüssen des Bundesauschusses des DVB mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß in allen Metallbetrieben nicht länger als 8 Stunden am Tage und 46 Stunden in der Woche gearbeitet wird.“

Diese Entschlieung wurde von den Obsteuern einstimmig angenommen. Die Verwaltung erklärt, daß sie diesen Beschluß dem Verbandsvorstand unterbreiten werde.

Die Annahme der Entschlieung bedeutet praktisch, daß jetzt nicht nur in Leipzig, sondern auch im übrigen Sachsen in allen Metallbetrieben, also auch in denen die nicht ausgesperrt haben, die 46-Stundenwoche durchgeführt werden muß.